

# Sächsische Nationalversammlung.

1. Sitzung vom Dienstag, dem 26. Februar 1919.

Die neu gewählte Volkskammer für Sachsen trat heute nachmittags 8 Uhr zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Nach einer Rede des Volksbeauftragten Dr. Gradnauer wurde unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Demmler (Soz.) die Wahl des Kammerpräsidenten vorgenommen. Durch Namensaufruf wurde die Annahme von 98 von 99 Abgeordneten festgestellt. Zum Präsidenten wurde mit 88 von 91 abgegebenen Stimmen Wg. Fröhlich (Soz.) gewählt, zum 1. Vizepräsidenten Wg. Dietel (Dem.) mit 84 von 91 abgegebenen Stimmen und zum 2. Vizepräsidenten Wg. Spitzki (Unabh.) mit 84 von 91 abgegebenen Stimmen. Die drei Gewählten nahmen die Wahl an.

Nach der Wahl der Schriftführer und einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte vertagte sich das Haus auf morgen vormittags 11 Uhr zur allgemeinen Vorbereitung des vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen.

## Einberufung eines Rätekonkresses.

Berlin, 26. Februar. In der Sitzung vom 26. Februar d. J. besprach der Reichsrat die Frage der Einberufung eines neuen Rätekonkresses und beschloß nach eingehender Beratung, ihn zur Eube März einzuberufen. Es wurde eine Kommission ernannt, die sofort mit den nötigen Vorbereitungen beginnen soll.

## Kongress der bayerischen U., S. und B.-Räte.

München, 26. Februar. Heute nachmittags tagte im Landtag der Kongress der Bundes-Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, um zu den politischen Ereignissen Stellung zu nehmen. Etwa 200 Delegierte waren anwesend. Arbeiterrat Erdmann berichtete, daß die insaffizienten Weissen für Bürger sollen, daß die Studenten von ihrer Pflicht ablassen. Der Delegationsausschuß wurde aufrechterhalten. Bundes-Soldatenrat Lauter forderte, daß an Stelle des Heeres die Arbeiterwehr trete. Arbeiterrat Landauer verlangte, daß auch auf dem Lande die Räte die bürgerliche Presse unter Aufsicht des Zentralrats kontrollieren sollten. Schließlich verlangte er unter förmlichem Beschluß, daß von vornherein festgestellt werde, daß die Versammlung den provisorischen Nationalrat bilde. Arbeiterrat Erdmann schlug die Einsetzung einer Kommission vor, die die Verhauflung des Interatenwesens sofort in Angriff nehmen soll. Soldatenrat Demmler meinte, daß die bürgerlichen Zeitungen überhaupt nicht nötig seien.

Eine im Hause erschienene Abordnung forderte, daß die Räte republik sofort ausgerufen werde und daß der Landtag nie wieder zusammentrete. Die Abordnung verlangte die Abweisung verschiedener Persönlichkeiten, die Besetzung wichtiger Punkte in der Stadt, die sofortige Verbindung mit Rußland und die Besetzung der russischen Gesandtschaft durch Vertreter der russischen Sowjetrepublik, außerdem Annulierung der Staatskandidaten und Abweisung des Münchner Stadtkommandanten. — Der Präsident erklärte hierauf, er werde zu diesen Forderungen Stellung nehmen. — Nach weiterer teilweise erregter Debatte teilte Präsident Dietel mit, daß der ehemalige Volkshausauftragne Barth erschienen sei. Barth sprach namens des gesamten Berliner und deutscher Proletats sein tiefes Bedauern über die Ermordung Ceners aus, erwähnte aber, ruhiges Blut und kalte Denker zu bewahren. Sodann wurde die Leiterberatung auf Donnerstagvormittag vertagt.

## Die Bestattung Eisners.

München, 26. Februar. (Privattelegraph.) Unter ungeheurer Beteiligung der ganzen Bevölkerung wurde heute die Leiche Kurt Eisners zur letzten Ruhe gebracht. Zahllos waren die Kranzpenden, die dem Sarge folgten. Die Gedächtnisrede hielt Gustav Landauer. Als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie sprach Haase. Auch die Genossen Unterleitner, Barth und Jaffe gedachten in Ansprachen des Toten. Auf der Theresienwiese wurde die von Eisner gedichtete Revolutionshymne Gesang der Völker vorgelesen.

## Einigung in Mannheim.

Keine Räterepublik mehr.

Mannheim, 26. Februar. (S. Z. S.) Nach zweitägigen Verhandlungen ist zwischen den Mehrheitssozialisten, den Unabhängigen und der kommunistischen Partei eine Vereinbarung auf folgender Grundlage zustande gekommen.

1. Die von den Unabhängigen und der kommunistischen Partei erklärte Räterepublik wird als nichtbestehend erklärt. Die Parteien erkennen die badische vorläufige Volksregierung an; soweit sie das nicht ausdrücklich tun, finden sie sich mit ihr ab. Der sogenannte revolutionäre Arbeiterrat tritt zurück. Die von ihm getroffenen Verfügungen und das von ihm erklärte Standrecht sind hinfällig.

2. Die von den Unabhängigen Partei und der kommunistischen Partei beschriebene Gebäude werden sofort freigegeben. Der Presse wird volle Pressefreiheit gewährleistet.

3. Sämtliche Waffen und Munition sind sofort abzuliefern. Im Arbeiterrat tritt die unabhängige Partei fünf Sitze an die kommunistische Partei ab. Der Volksjugendausschuß besteht nunmehr aus fünf Vertretern der Mehrheitssozialisten, drei Unabhängigen und einem Kommunisten.

Dann wird noch eine Bekanntmachung erlassen, daß sämtliche Privatpersonen, die Gewehre und Munition ohne Berechtigungsbescheinigungen besitzen, diese bis spätestens zum 27. Februar abzuliefern haben.

## Die Gemeindevahlen in Groß-Berlin.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Je weiter wir uns von den Nationalwahlen entfernen und je näher die Möglichkeit wird, agitativer an die großen Massen heranzutreten, desto deutlicher zeigt es sich, daß diese Aufklärungsarbeit unserer Sache zusehends wichtiger wird. Das haben erneut die Stadtverordneten- und Gemeindevahlen bestätigt, die am letzten Sonntag in Groß-Berlin vollzogen wurden. Hier die Genossen in Groß-Berlin war die Agitation lange Zeit sehr schwierig, weil sie seit dem im November 1918 erfolgten Vorwärtsschritt ihre Arbeit ohne ein tägliches Blatt verrichten mußten. Der Vorwärtsschritt hatte in der Verunglimpfung unserer Partei freies Feld und er machte von diesem Vorrecht den bestmöglichen Gebrauch. Erst seit Mitte November 1918 stand uns ein tägliches Blatt zur Verfügung, das aber wegen Papiermangels und infolge der Anberaumung der Expedition eines neuen Blattes nicht mit dem Vorwärtsschritt konkurrieren konnte.

Aus diesem Grunde und weil den Mehrheitssozialisten der gesamte Regierungsbürokratie und reichliche Geldmittel zu Diensten waren, konnten sie am 18. Januar mit Erfolg wählen, die aber nur Scheinerfolge waren. Das zeigte sich schon acht Tage später bei den Wahlen zur preussischen Landesversammlung, wo ihre Stimmen allein in Berlin um 80.000 zurückgingen. Dieser Rückgang konnte mit der geringeren Wahlbeteiligung allein nicht begründet werden.

Nun, bei den am Sonntag folgenden Gemeindevahlen — vier Wochen nach der Preußenwahl — stellt sich immer klarer heraus, daß die Mehrheitssozialisten keinen Boden verlieren. Wohl ist auch diesmal die Wahlbeteiligung gegen die Wahl am 28. Januar zurückgegangen; während aber unsere Partei nur im geringen Maße von dem Rückgang betroffen wird, haben die Mehrheitssozialisten und auch die bürgerlichen Parteien ungeheure Verluste zu buchen. Es scheint die jugendlichen, politisch weniger interessierten Wähler und auch

weitere Gruppen diesmal zu Hause gelassen zu sein. Was für uns aber besonders markant ist, ist die Tatsache, daß die Stimmen in den proletarischen Stadtvierteln in der Hauptstadt nach wie vor der unabhängigen Partei zulaufen, während die Mehrheitssozialisten in diesen Arbeitervierteln den Boden unter den Füßen verlieren.

Nach vorheriger Schätzung haben die Mehrheitssozialisten rund 10.000 Stimmen gegen den 26. Januar und gar 180.000 gegen den 19. Januar verloren, während unsere Partei nur um 18.000 bezw. 48.000 Stimmen zurückging.

Die nördlichen Vororte haben ebenfalls glänzend abgemacht; überall sozialistische Mehrheiten mit den Mehrheitssozialisten zusammen. In einigen Orten, wie Reinickendorf, haben unsere Leute die absolute Mehrheit, 18 Sitze von 38, in Oberschneeweide 18 Sitze von 24. In Neukölln, in dem erst in den letzten Wochen totkräftig für unsere Partei fruchtbar Arbeit getan wurde, erhalten wir 25 Sitze, die Unabhängigen 31 Sitze, denen 18 bürgerliche Vertreter gegenüberstehen. Auch hier zeigt sich ein kolossaler Stimmenrückgang der Mehrheitssozialisten. Während wir an dem Stimmenergebnis mit 1200 Stimmen beteiligt sind, verloren die Mehrheitssozialisten über 11.000 Stimmen. In vielen anderen Orten haben wir trotz geringerer Beteiligung Stimmengewinne. In den westlichen Vororten haben unsere Genossen prächtig abgemacht. In Charlottenburg mußten die Mehrheitssozialisten einen Stimmenverlust von etwa 12.000 buchen. Selbst das vornehme Charlottenburg kann sich nur mit 2 Stimmen vor einer sozialistischen Mehrheit retten. Wilmersdorf, das seit Jahren durch eine raffinierte Wohnungspolitik die Arbeiter möglichst aus dem Orte hinauszudrücken sucht und nur „bessere Steuerzahler“ heranzuzüchten unternimmt, muß 20 Mehrheitsler und 6 Unabhängige in die Stadtverwaltung aufnehmen, denen 40 Mehrheitsler entgegenstehen. Was in allem genommen, haben die Stadtverordnetenwahlen den Beweis geliefert, daß der Sozialismus markiert und daß die Arbeiterkraft in steigendem Maße ihr Vertrauen unserer Partei zuwendet. Das Stimmenergebnis gegen die Mehrheitssozialisten ist wohlbedeutend, der Stimmensturz ist die Danksagung für ihre arbeitserniedrigende Politik. Nur weiter auf dieser Bahn, nur weiter! Aber arbeiten müssen wir, nicht die Hände in den Schößen legen. Ohne Arbeit kein Preis!

## Das Wahlergebnis in Berlin.

Berlin, 26. Februar. Von 1.822.008 eingeschriebenen Wählern und Wählerinnen sind 798.254 gültige Stimmen abgegeben, und zwar für die

Liste Dr. Wegl (Unabhängige)	268.420 Stimmen
Heilmann (Mehrheitssoz.)	258.420
drei verbundene Listen (Wegel usw.)	168.601
Liste Dr. Schwahn	101

Danach Stimmen auf die Liste Dr. Wegl 47 Sitze, auf die Liste Heilmann 48 Sitze, auf die drei verbundenen Listen 30 Sitze und auf die Liste Kaumann (Deutsche Demokr. Partei) 21 Sitze. Die Liste Wegel (Deutschnational) vereinte 84.077 Stimmen, die Liste Kriebel (Zentrum) 45.101 und die Liste Streiter (Deutsche Volkspartei) 38.488 Stimmen auf sich, so daß 10 Mandate für die Deutschnationalen, 8 Sitze für die Christliche Volkspartei (Zentrum) und 6 für die Deutsche Volkspartei herunkommen.

## Rudendorff wünscht Klarstellung.

Nach der Tel.-Union hat General Rudendorff den deutschen Gesandten in Stockholm um Uebersmittlung folgenden Schreibens an den Präsidenten der deutschen Republik, Herrn Ebert, gebeten:

Herr Präsident!

Im November verließ ich Deutschland. Die Gründe sind Ihnen seit damals bekannt. Ich komme nicht wieder darauf zurück. In Rußland, die mir die Heimat nicht zu geben vermochte, legte ich hier für das deutsche Volk meine Lebensarbeit schriftlich nieder. Das Werk ist jetzt beendet. Ich hoffe, daß das Vaterland daraus lernen wird.

Ich will dem deutschen Volke weiter dienen, wie ich es bisher tat. In der Stunde seiner Not braucht es jede Kraft, die selbstlos nur an die Heimat denkt. Ein großer Teil des deutschen Volkes steht wider mich. Aus meiner Schrift wird es mein Handeln erkennen. Sie kann nur meine Auffassung vertreten. Es ist für das Vaterland, aber auch für mich notwendig, daß alleseitige Klarheit darüber herrscht, was ich während der vier Kriegsjahre tat und wo die Wurzeln meines Unglücks liegen.

Ich kehre jetzt nach Deutschland zurück und bitte die Regierung, diese Klarstellung herbeizuführen.

Rudendorff.

## Eine Schamlosigkeit.

Der deutschen Waffensituationskommission ist von dem Vertreter des Generals Foch mitgeteilt worden, daß die Verhandlungen über mit der Versorgung Deutschlands zusammenhängenden Fragen nicht vor dem 4. März aufgenommen werden könnten. Deutschland werde aber nur dann Lebensmittel bekommen, wenn es seine Schiffe zu deren Transport zur Verfügung stellt. Die deutschen Vertreter richteten daraufhin heftige Bitten an die Entente, doch endlich für die Lieferung von Lebensmitteln zu sorgen. Die Lebensmittelnot sei aufs höchste gestiegen, der größte Teil der unterernährten Arbeiter sei am Ende seiner körperlichen Leistungsfähigkeit angelangt. Die innerpolitische Lage in Deutschland sei niemals so drohend gewesen wie jetzt, die extremen Elemente gewannen die Oberhand, die bolschewistische Gefahr sei größer denn je. Die deutsche Regierung tue alles, um diese Gefahr zu bekämpfen, aber dafür müßte sie mit Brot und Arbeit versorgt werden.

Ob die Vertreter der Entente für diese Winsel mehr als bisher übrig hatten, nämlich nur Hohn und Spott, wird nicht berichtet. Aber eine Schamlosigkeit sondergleichen ist es, wenn die Männer des alten Regimes, die an dem ganzen Elend, das über Deutschland hereingebrochen ist, schuld sind und die bei den Verhandlungen im Auftrage der Regierung noch immer das große Wort führen, die Hilfe der Alliierten gegen die revolutionäre deutsche Arbeiterkraft anzurufen. Bei uns werden die Arbeiter als Faulenzer beschimpft, die nicht arbeiten wollten und die dadurch Deutschland in den Abgrund führten. Vor den Vertretern der Alliierten aber klagt man darüber, daß die Arbeiter am Ende ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit angelangt seien.

Lug und Trug im Inneren, gepaart mit der Anwendung brutaler Gewalt gegen die mit Recht unzufriedenen Arbeiter, schamlose Würdelosigkeit und die häßliche Schweißmedel vor der Entente: Darin erschöpft sich die Weisheit der Regierung!

## Friedenspräliminarien in Sicht?

Bern, 26. Februar. Die Progress de Lyon aus Paris erzählt, haben die Vertreter der Mächte die Möglichkeit ins Auge gefaßt, in die endgültigen Waffensituationsbedingungen einige der Forderungen für den Fortschritt aufzunehmen. Es sei notwendig, so schnell wie mög-

lich die Friedenspräliminarien festzulegen. Man ist der Ansicht, daß die beste Methode darin bestehe, den endgültigen Waffenstillstand so auszuhandeln, daß in ihm die Grundzüge der territorialen, politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen schon enthalten sind. Dagegen Vorschlag hat sich die englische und später die amerikanische Delegation angeschlossen.

## Deutschland.

### Sitzung des Vereins deutscher Setzungsverleger.

Berlin, 26. Februar. Der Vorstand des Vereins deutscher Setzungsverleger hat in seiner gestrigen gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der Kreisvereine sich mit der wirtschaftlichen Lage der deutschen Setzungen beschäftigt, deren Lage gegenwärtig kritischer als je zuvor ist. Die Druckkosten sind infolge der erhöhten Löhne, des Zwanges zum Behalten der während des Krieges eingestellten Arbeiterkräfte, zur Ueberbelastung der aus dem Felde zurückkehrten Ansetzler, der verkürzten Arbeitszeit usw. in einem noch nie dagewesenen Maße gestiegen. Um auch nur einen teilweisen Ausgleich der ungedeckten Mehrbelastung zu finden, sind die deutschen Setzungsverleger gezwungen, eine Erhöhung der Zug- und Ansetzergelöhne einzufordern.

### Wahlsieg der U. S. P. in Gotha.

Bei den Wahlen zur Landesversammlung in Gotha wurden an Stimmen abgegeben für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 40.251, Rechtssozialisten 1776, Demokraten 17.828, Deutsche Nationale 11.880, Handwerker 1792. Unsere Partei hat also für sich allein die Mehrheit.

### Die Drucksachen der verfassunggebenden heussischen Nationalversammlung sind in gleicher Weise wie früher die Reichstagsdrucksachen durch die Post zu beziehen.

### Keine Reiseerlaubnis nach Ost-Asien.

Nach einer vor kurzem erlassenen Bekanntmachung des Reichsjustizministeriums, auch den Demobilisiererten, die Erlaubnis auch nur zur vorübergehenden Einreise nach Ost-Asien nicht erteilt werden.

### Der Besatzungszustand über das Stadtgebiet von Hamburg-Altona-Wandsbek ist heute aufgehoben worden.

### Ein U-Boot gesunken.

Die Hamburger Nachrichten melden aus Cuxhaven: Ein zur U-Bootflottille bestimmtes, vom Dampfer Roland geschlepptes U-Boot sank auf der Doggerbank. Die Mannschaft wurde gerettet. Der Roland ist nach Cuxhaven zurückgekehrt.

## Kleine Auslandsnachrichten.

Das Schiedsgerichtsabkommen zwischen Frankreich und Spanien aus dem Jahre 1914 ist auf eine neue Periode von fünf Jahren verlängert worden.

Ermondung des Emirs von Afghanistan. Aus Kabul ist in London die Nachricht vom Tode des Emirs von Afghanistan eingetroffen. Alim Khan nach ist er am 20. Februar in Sogor von Kanjam überfallen und erschossen worden. Nach den bisherigen Berichten wurde niemand verhaftet. Der Grund des Mordes ist unbekannt.

Annekke in Italien. Auf Grund einer durch Dekret gewährten Amnestie für militärische, politische und kommerzielle Vergehen während des Krieges sind Terrati, der Direktor des V. A. N. sowie die übrigen während der Fürtiner Bewegung vom August 1917 Verurteilten in Freiheit gesetzt worden.

Ministri Romanones. Der spanische Ministerpräsident Graf Romanones unterbreitete dem König das Ministertagesbuch des ganzen Kabinetts. Der König erlaubte ihm bis zur Annahme des Staatsvorsitzes im Amt zu bleiben und wird die Lage mit den Ministern besprechen.

## Aus der Partei.

Neue Organe der U. S. P.

In Berlin erscheint seit Anfang Januar zweimal in der Woche die sozialistische Republik. Schriftleitung und Verlag: Adl., Mühlendamm 38.

Unsere Genossen in Karlsruhe i. B. geben seit kurzem ein Wochenblatt, die sozialistische Republik, heraus. Geschäftsstelle Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 18.

## Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streit der Arbeiter in den Leipziger Militärbetrieben erklären wir auf Wunsch der Intendantur, daß wir uns durch Einsicht in die Akten überzeugt haben, daß sie an der Verhinderung unserer Lohnforderungen keine Schuld hat. Im Gegenteil können wir feststellen, daß durch ihre Verhandlungen der Streit so schnell beigelegt worden ist, da die Intendantur des IX. A. R. Wert darauf legt, in der Offensivpolitik nicht als arbeitserniedrigend hingestellt zu werden, bitten wir um Aufnahme dieser Berichtigung.

Die Streikleitung  
J. A.: Artur Wappler.

## Trauerkundgebung für Kurt Eisner.

Zu würdigen, eindrucksvollen Kundgebungen des Leipziger Proletariats gestalteten sich die Trauerfeiern, die vom Bezirksvorstand der U. S. P. für heute vormittag, zur Stunde der Beerdigung Kurt Eisners, einberufen waren. Zu Tausenden waren die Arbeiter und Arbeiterinnen dem Ruf gefolgt und füllten die Säle der 8. Wille, der 8. Linden und des Gensdoui. Still und andächtig lauschten die Erschienenen den Ausführungen der Redner, die in knappen Sätzen das Leben und das Wirken Kurt Eisners schilderten. Die Redner kennzeichneten ihn als den edlen, selbstlosen Menschen, anhängenden geistreichen Publizisten und unermüdbaren, unerschrockenen Kämpfer. Sie feierten den im Verleumdungslampf des Proletariats Gefallenen als den weitschauenden Propheeten und Verkünder der Revolution und deren wahren Vorwärtsschritt. Spontan kam die Entrüstung der Versammelten zum Ausdruck, als die Redner schäblichen, wie durch die Hege der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse gegen Eisner eine förmliche Pogromstimmung erzeugt worden sei, aus der heraus der gemeine Mordanschlag an einem der Besten des deutschen Proletariats zustande gekommen sei. Lebhaftige Zustimmung und förmlichen Beschluß fanden die Redner, als sie gelobten, daß Eisner nicht umsonst gefallen sein werde, daß sein Tod das Signal zum Aufbruch der Revolution sei, sondern der gesamten revolutionären deutschen Arbeiterkraft sein werde, daß die Trauerfeiern den Ausgangspunkt des neuen Revolutionen bilden würden. Mit aller Deutlichkeit kam der ersichtliche Wille der Leipziger Arbeiterkraft zum Ausdruck, den Gedenktag zu wählen und das von ihm begonnene Werk zu vollenden, sich mit allen Kräften einzusetzen für die Vollendung der Revolution und die Herbeiführung der sozialistischen Republik.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei „Kriegsgelächter“

# Weisse Zähne

arziehen Sie meist schon nach kurzem Gebrauch d. herrlich wirkenden Zahnpaste Chlorodont. Vorsicht! Vorbeugungsmittel bei Basilleninfektion durch die Mundhöhle (Influenza, Grippe, usw.). Überall zu haben.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



**640**  
**Ämliche Bekanntmachungen.**

**48 Abgabe von Kerzen.**

Den Vollmietern dürfen auf die Nr. 11 der grauen Petroleumkarte 5 Kerzen und den Untermietern auf die Nr. 8 der roten Petroleumkarte 1 Kerze verabreicht werden. Es kommen Packungen von 8, bzw. 6 Kerzen im Gewicht von je 300 g und 8, bzw. 6 Kerzen im Gewicht von je 330 g zur Ausgabe.

Der Verkaufspreis beträgt für die einzelne Kerze, bzw. für die 8 Kerzen (500 g Gewicht) 0,25 RM., bzw. 0,84 RM. und für die 6 Kerzen (330 g Gewicht) 0,17 RM., bzw. 0,22 RM.

Außerdem dürfen an Untermieter von den Spezialgeschäften auf die Nr. 9 der roten Petroleumkarte Kerzen im Gesamtgewicht von etwa 1/2 Pfund abgegeben werden. Zu diesem Zwecke sind Kerzen in Einzelgewichtsmengen von etwa 25 bis 125 g vorhanden.

Der Verkaufspreis für 1/2 Pfund Kerzen beträgt 40 Pf.

In sämtlichen Volkshäusern liegen die Listen der Kerzenhändler zur Einsicht aus. Die in diesen Listen unter laufender Nr. 1 bis 37 aufgeführten Geschäfte gelten als Spezialgeschäfte. Sämtliche Geschäfte, die noch Bestände an Kerzen haben, sind an dem Aushängeschild „Städtischer Kerzenverkauf“ erkennlich.

Leipzig, den 25. Februar 1919.  
Gew. A. Ia. Der Rat der Stadt Leipzig.

**Mazzen-Preise.**

In Abänderung von Punkt 6 unserer Bekanntmachung vom 10. Januar 1919, Mazzenverforgung für das Passivjahr 1919 betr., werden auf Grund der Verordnung des Direktoriums der Reichsbrotstelle vom 15. Februar 1919 — Nr. B 147 — folgende Preise festgesetzt:

Bei Abgabe an Verbraucher:  
für ein Pfund Mazzen 95 Pf.  
für ein Pfund gemahlene Mazzen 110 Pf.

Für die Lieferung des Mazzen von der Betriebsstelle des Verkäufers zur Wohnung des Bestellers kann eine angemessene Gebühr berechnet werden.

Leipzig, am 26. Februar 1919.  
Kr.-E.-A. I. Der Rat der Stadt Leipzig.

**Eier-Ablieferungspflicht der Hühnerhalter im Stadtbezirk Leipzig.**

I. Die Hühnerhalter im Stadtbezirk Leipzig sind verpflichtet, sämtliche Eier, die sie nicht für den eigenen Bedarf benötigen, mindestens aber die nachstehend unter II errechnete Mindestmenge, an die städtische Eierammelstelle, Matthäikirchhof 28, abzuliefern. Dagegen ist jeder Hühnerhalter berechtigt, bei der städtischen Futtermittelstelle gegen den jeweils festgesetzten Preis Geflügelfutter zu entnehmen.

II. Die abzuliefernde Mindestmenge wird nach folgendem Maßstab errechnet:

Im Grunde liegt bei jedem Geflügelhalter die Zahl der Hühner und Küken nach dem Stand der Geflügelhaltung vom 1. Dezember 1918, vermindert um die Zahl der Küken in Post stehenden Haushalte und Wirtschaftsbetrieben mit Ausnahme der Untermieter.

Die somit als Eierlieferungsverpflichteten Personen, soweit sie die Hühner in Leipzig oder außerhalb des Stadtbezirks halten, haben keinen Anspruch auf Eierkarten, selbst wenn die Hühner im Laufe des Eierwirtschaftsjahres 1. Februar 1919 bis 31. Januar 1920 abgeschlachtet werden sollten.

Von den nach Abzug der Zahl der Selbstverfoger verbleibenden Hühnerzahl hat der Landwirt 40, der Nicht-Landwirt 30 Eier für jedes Huhn abzuliefern.

Den ablieferungspflichtigen Hühnerhaltern wird eine schriftliche Auflage über die von ihnen abzuliefernde Mindestmenge zugehen.

Hühnerhalter, die nach den vorstehenden Grundbüssen zur Ablieferung verpflichtet sind, eine Aufforderung zur Abgabe von Eiern nicht erhalten, haben binnen zwei Wochen dem städtischen Kriegsernährungsamt Anzeige über ihren Hühnerbestand zu erstatten.

III. Jede Neuanschaffung von Hühnern und jede weitere Veränderung des Hühnerbestandes nach dem 1. Dezember 1918 wie auch im Eierwirtschaftsjahr 1919/20 ist innerhalb einer Woche dem Kriegsernährungsamt anzuzeigen. Nicht rechtzeitig mitgeteilte Veränderungen des Hühnerbestandes können bei der Berechnung der abzuliefernden Eiermenge nicht berücksichtigt werden.

IV. Jede unmittelbare Abgabe von Eiern seitens der Geflügelhalter an Verbraucher ist verboten, wobei es ganz gleichgültig ist, ob die Abgabe entgeltlich oder unentgeltlich, oder auf Eiermarken erfolgt. Dies gilt auch für Geflügelhalter, die die gewerbliche Abgabe von Eiern an Verbraucher dem Gewerbeamt angemeldet und hierüber einen Anmeldebefehl erhalten haben.

V. Von der Mindestmenge (siehe unter II.) sind abzuliefern:  
bis zum 30. April 1919 wenigstens 40 u. S.  
" " 31. Mai " " " " 20 u. S.  
" " 30. Juni " " " " 20 u. S.  
" " 31. Juli " " " " 10 u. S.  
" " 30. September " " " " der Rest.

Selbstverständlich steht es den Geflügelhaltern frei, die ihnen auferlegten Pflichten auch früher als zu den vorgeschriebenen Terminen abzuliefern.

VI. Sämtliche Geflügelhalter, die mit den Teillieferungen länger als zwei Wochen im Rückstande bleiben, haben unbeschadet der Strafmaßnahmen unter Ziffer 8 Zwangsmaßnahmen, insbesondere Entziehung der Zuckers und allgemeinen Lebensmittelkarten sowie Einstellung der Lieferung von Geflügelfutter seitens der städtischen Futtermittelstelle zu gewärtigen.

VII. Der von der städtischen Eierammelstelle für abgelieferte Eier zu zahlende Preis wird entsprechend der Höhe des jeweils von der Reichsbrotstelle festgesetzten Eierpreises bestimmt.

VIII. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 RM. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

IX. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig wird die Bekanntmachung vom 14. Februar 1918 über die Eierablieferungspflicht der Hühnerhalter im Stadtbezirk Leipzig aufgehoben.

Leipzig, am 26. Februar 1919.  
Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Wir bringen zur öffentlichen Kenntnis, daß durch Verfügung vom 24. Februar 1919 dem Kaufmann **Robert Johannes Funke in E.-Vindenau, Gundorfer Str. 15, Inhaber eines Kolonialwaren-geschäfts**, der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs auf Grund von § 1 der Bundesratsverordnung vom 28. September 1915 wegen Unzuverlässigkeit untersagt worden ist.  
Gew.-A. Ia 4473.  
Leipzig, am 24. Februar 1919.  
Der Rat der Stadt Leipzig.

**Markranstädt. Pocken-schutzimpfung.**

Mit Rücksicht auf einen hier festgestellten Pockenfall wird zur Vermeidung weiterer Ausbreitung dieser gefährlichen und ansteckenden Krankheit der hiesigen Einwohnerschaft dringend empfohlen, sich freiwillig einer Schutzimpfung zu unterziehen. Impfungen werden durch den hiesigen Impfarzt San.-Rat Dr. Schülze sowie die übrigen Ärzte während ihrer Sprechzeit vorgenommen.

Gefährdet sind besonders über 40 Jahre alte Personen, weil und wenn ihre letzte Pockenimpfung meist viele Jahre zurückliegt. Die Impfung kann unterbleiben, wenn der Betreffende innerhalb der letzten 5 Jahre die Pocken überstanden hat oder während der gleichen Zeit schon dagegen mit Erfolg geimpft worden ist.  
Markranstädt, am 25. Februar 1919.  
Der Stadtrat.

**Markranstädt. Sonnabend, den 1. März d. Js., gelangen in den Fischverhandlungsgeschäften von Thomas, Weigert, Möder, Michel und Berger für die Person 50 Gramm Klippfisch zum Preise von 35 Pf. zum Verkauf auf Abschnitt 90 der Lebensmittelkarte.**

Die Abschnitte sind bis Donnerstag, den 27. Februar 1919, bei den Händlern, bis zum 28. Februar bei uns einzureichen.  
Markranstädt, den 25. Februar 1919.  
Der Stadtrat.

**Markranstädt. Nahrungsmittelausgabe in der Woche vom 3. März bis 8. März 1919.**

Montag, den 3. März 1919: 1/4 Pfd. Serringe für 40 Pf. auf Bezugsabschnitt u. Zulassung 91 der Lebensmittelkarte.  
Dienstag, den 4. März 1919: 1 Pfd. Milchsuppe für 1.80 Mk. auf Abschnitt 92.  
Mittwoch, den 5. März 1919: 1 Pfd. Sauerkraut für 32 Pf. auf Abschnitt 93.  
Donnerstag, den 6. März 1919: 1/4 Pfd. Marmelade für 50 Pf. auf Abschnitt 94.  
Freitag, den 7. März 1919: 1 Pfd. Dörrobst für 1.90 Mk. auf Abschnitt 95.  
Sonnabend, den 8. März 1919: 1/4 Pfd. Dörrobst für 1.50 Mk. auf Abschnitt 96.  
Markranstädt, am 25. Februar 1919.  
Der Stadtrat.

**Markranstädt. Freitag, den 28. Februar 1919, werden in der neuen Schule rote Speisebüchsen ausgegeben mit 10 Pfd. pro Haushalt zum Preise von 1.50 Mk.**

Markranstädt, am 25. Februar 1919.  
Der Stadtrat.

**Sonntags-Gewerbeschule der Polytechnischen Gesellschaft.**

Anmeldungen neuer Schüler für das zu Ostern beginnende 91. Schuljahr werden von jetzt ab Sonntags von 8-12 Uhr im Schulgebäude, Lessingstrasse 25, entgegen genommen. — Der Besuch der Sonntagsgewerbeschule bereitet die unterhalb-Leipzigs wohnenden Fortbildungsschüler von dem Besuche ihrer heimatischen Fortbildungsschule. Auch werden konfirmierte Mädchen aufgenommen und im technischen Zeichnen ausgebildet. Der Unterricht findet Sonntags vormittags und Freitags nachmittags statt. Unterrichtsgegenstände sind: Deutsch, Rechnen und Geometrie, Buchführung, Bürgerkunde, Materialkunde, technisch. Freihandzeichnen, Projektions- und Fachzeichnen, Rund- und Zierschritt, Stenographie. Für vorgeschrittenere Schüler werden ausserdem besonders Unterrichtsgegenstände für angewandte Mathematik, Maschinenkunde, Heizungskunde, Graphostatik und Elektrotechnik an Wochenenden abgehalten. Anmeldungen hierfür werden schon jetzt angenommen. Das jährliche Schulgeld beträgt für Schüler mit 8 stündigem Unterricht 16 Mk., für solche mit nur 4 stündigem Sonntagsunterricht 12 Mk. und für Kursteilnehmer 10 Mk. fürs Halbjahr; Aufnahmegebühr 1 Mk.  
Die Schulleitung: R. am Ende.

**Sparkasse Wahren. Geschäftszeit ununterbrochen von 8-2 Uhr Nachmittags geschlossen.**

**Sparkasse Lindenthal. Geschäftsstelle: Gemeindeamt, Hauptstraße 17. Zweiggeschäftsstelle: Quasch, Gemeindeamt. Geschäftszeit: Werktags durchgehend von 8-1/2 Uhr, nachmittags geschlossen.**

**Gemeindeparkasse Oetzsch-Markleeberg. Geschäftsstellen: Oetzsch: Gemeindeamt Oetzsch, Hauptstraße 17. Markleeberg: Rathaus Markleeberg, 7 Min. von der Endstation bahn. Fernstr. 85 771. Postfachkonto Leipzig 14999. Fernspr. 85 478. Postfachkonto Leipzig 50357.**

Girokonto bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 35 Einlegerguthaben: 12 000 000 Mark.  
Zinsfuß 3 1/2 % Tägliche Verzinsung. Geschäftszeit 8-2 Uhr.

**Sozialdemokratischer Verein 13. sächsischen Reichstagswahlkreis u. S. P.**

Bureau: Tauchaer Str. 19/21, 1. Etage (Vollzeitung).  
Tel. 3065. — Erhebungszeit: Im den Wochenenden, außer Sonnabends, u. 12-1 Uhr mit u. 4-7 Uhr abends.  
Sonnabends von 9 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachmittags.  
für den 13.

**Donnerstag, den 27. Februar, abends 7 Uhr im großen Saale des Volkshauses Kreis-Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:  
**Unsre Stellung zum Spartakusbund.**  
Fortsetzung der Diskussion.  
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.  
Zahlreiche Beilegung erwartet Der Hauptvorstand. Scheib.

**Wahren**

**Freitag, 28. Februar 1919, abends 7 Uhr Große öffentliche Volksversammlung im Birkeneschlöbchen, Hallische Straße**

Tagesordnung: 1. Vortrag über Regierungspolitik und Volksernährung. Redner: Gen. Paul Bötscher. 2. Gemeinde-ratsbericht. Berichterstatter Gen. S. Hoffmann. 3. Freie Aussprache. Männer und Frauen aller Stände und Berufe von Wahren und Umgegend, es gilt zu den Vorgängen der letzten Zeit auf politischem sowohl als auf wirtschaftlichem Gebiete Stellung zu nehmen. Je größer der Versammlungsbesuch, desto wichtiger der Protest gegen die jetzigen unhaltbaren Zustände. Der Einberufer.

**Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) Gruppe Leipzig**

Freitag, den 28. Februar 1919, abends 7 Uhr im großen Saale des Volkshauses, Zeiser Str.

**Öffentliche Versammlung**

Tagesordnung:  
**Was trennt uns von der U. S. P. D.**  
Redner: Genosse D. Rühle.  
Der Saal ist Quartier einer Sicherheitskompanie, wir bitten das Rauchen zu unterlassen. Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Hauptvorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Bureau im Volkshaus, Zeiser Str. 22, 11. u. 12. Etage. Arbeitsnachweise täglich von 10-12 Uhr vorm.  
Zahlstelle Leipzig  
Freitag, den 28. Februar, abends 5 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Deutschen Haus, E.-Vindenau.

Tagesordnung:  
Fortsetzung der Debatte über die Politik des Verbandes  
Von den Verbandsmitgliedern wird erwartet, daß sie recht zahlreich in der Versammlung erscheinen. — Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.  
Die Lokalverwaltung.

**Musiker! Achtung! Musiker!**

Am Donnerstag, dem 27. Februar 1919, abends 10 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Zeiser Straße 32, abermals eine

**Öffentliche Musiker-Versammlung**

statt. Tagesordnung:  
Die Einführung des neuen Tarifs zum 1. März d. J. und die erforderlichen Maßnahmen.  
Jeder Musikhauseübende muß erscheinen! Sorgt für Massenbesuch!

Das Zentralkomitee des Leipziger Musiker-Vereins (jur. Vert.) (Allgemeiner Deutscher Musiker-Verband e. V.)  
Leipziger Ensemble-Musiker-Bund  
Der Vorstand des Zentralverbandes, Leipzig.

**Achtung, Friseur! Krämpfe**

Einem Posten weiche Papierservietten per 1000 Stück 18 Mk. empfiehlt C. Ziehlke, L.-Schönau, Lorepstr. 35.  
Das atemberaubende Nervenanfänger „Nervinum Dr. Weil“ der Schwaben-Apotheke, Frankfurt a. M. 206 wird ärztlich gern verordnet b. Krämpfen. Dr. W. 5 — Sie haben durch die privilegierte Schwaben-Apoth., Frankfurt a. M. Bestenbielle: 10%, Caemoglob., 84%, Eisenbron und 6%, Eingabttier